

Beihefte der Konjunkturpolitik  
Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung  
Begründet von Albert Wissler

---

Heft 37

# Fragen zur Reform der DDR-Wirtschaft



Duncker & Humblot · Berlin

## **Fragen zur Reform der DDR-Wirtschaft**

**Beihefte der Konjunkturpolitik**  
**Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung**  
Begründet von Albert Wissler

---

**Heft 37**

# **Fragen zur Reform der DDR-Wirtschaft**

**Tagungsband zur Sondertagung der  
Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher  
Forschungsinstitute e.V. in Bonn am 12. Februar 1990**



**Duncker & Humblot · Berlin**

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Fragen zur Reform der DDR-Wirtschaft:** Tagungsband zur  
Sondertagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher  
Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. in Bonn  
am 12. Februar 1990 / [Schriftl.: Herbert Wilkens]. — Berlin:  
Duncker u. Humblot, 1990

(Beihefte der Konjunkturpolitik; H. 37)

ISBN 3-428-06908-0

NE: Wilkens, Herbert [Red.]; Arbeitsgemeinschaft Deutscher  
Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute; Konjunkturpolitik /  
Beihefte

Schriftleiter: Herbert Wilkens

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen  
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1990 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Werksatz Marschall, Berlin 45

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61  
Printed in Germany

ISSN 0452-4780  
ISBN 3-428-06908-0

## **Vorwort**

In diesem Beiheft wird über den wissenschaftlichen Teil der Sondertagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute berichtet, die am 12. Februar 1990 in Bonn stattfand und das Thema

### *Fragen zur Reform der DDR-Wirtschaft*

zum Gegenstand hatte.

Für die wissenschaftliche Vorbereitung ist Gregor Winkelmeyer (Essen) zu danken. Referate hielten Doris Cornelsen (Berlin), Erich Klinkmüller (Berlin), Horst Lambrecht (Berlin), Dieter Lösch (Hamburg), Reinhard Pohl (Berlin), Uta Möbius und Dieter Schumacher (Berlin), Horst Siebert (Kiel) sowie Christian Watrin (Köln). Die Schriftleitung übernahm Herbert Wilkens (Berlin).

Die Beiträge gingen in den ersten Tagen des März 1990 in den Satz, d. h. der Informationsstand ist Ende Februar.

München im März 1990  
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft  
Karl-Heinrich Oppenländer



## **Inhalt**

<b>Christian Watrin</b>	
Ordnungspolitische Defizite der DDR-Wirtschaft und Möglichkeiten zu deren Überwindung durch marktwirtschaftliche Reformen .....	9
<b>Doris Cornelsen</b>	
Reformdiskussionen und Reformansätze in der DDR .....	23
<b>Horst Siebert</b>	
Die Wahlmöglichkeiten einer deutsch-deutschen Geld- und Währungs- politik .....	31
<b>Reinhard Pohl</b>	
Schritte zur Konvertibilität der Mark der DDR .....	51
<b>Dieter Lösch</b>	
Die Transformation der Verwaltungswirtschaft in Westdeutschland — ein Modell für die Reform der DDR-Wirtschaft? .....	69
<b>Erich Klinkmüller</b>	
Strukturelle Schwächen und Stärken des Währungsgebietes der Mark ...	85
<b>Horst Lambrecht</b>	
Beziehungen zur DDR: Wirtschaftliche Kooperation, Direktinvestitionen, Unterstützung der DDR-Wirtschaft .....	111
<b>Dieter Schumacher und Uta Möbius</b>	
Zugang der DDR zum Gemeinsamen Markt.....	125
<b>Generaldiskussion . . . . .</b>	<b>163</b>



# **Ordnungspolitische Defizite der DDR-Wirtschaft und Möglichkeiten zu deren Überwindung durch marktwirtschaftliche Reformen**

Von Christian Watrin, Köln

## **I. Die ordnungspolitische Konzeption des Sozialismus und ihr Scheitern**

Die ordnungspolitische Konzeption des Sozialismus ist grandios, aber ordnungspolitisch wenig durchdacht. Auf der Basis des von Marx formulierten „ökonomischen Entwicklungsgesetzes der modernen Gesellschaft“ wird über den kommenden Verlauf der Geschichte eine vermeintlich unumstößliche wissenschaftliche Prognose aufgestellt. Sie vermittelt allen Anhängern der Lehre die Gewißheit, auf der Seite des gesellschaftlichen Fortschritts zu kämpfen. Zwar können die einzelnen Entwicklungsstufen der Menschheit, die kapitalistische, die sozialistische und die höchste, die kommunistische, weder „hinwegdekretiert noch übersprungen“ werden. Die daraus folgende Lähmung politischen Handelns aber wird mit der Versicherung zu entkräften versucht, daß es sehr wohl möglich sei, „die Geburtswehen (der neuen Gesellschaft, C. W.) ab(zu)kürzen und (zu) mildern“<sup>1</sup>.

Liegt der Weg in die als licht und klar bezeichnete Zukunft fest, dann bedarf es einer Avantgarde, dieses Mal nicht wie bei Saint-Simon der „Industrialisten“, sondern der kommunistischen Partei — die aufgrund höherer Einsicht in den Geschichtsverlauf legitimiert ist, die politische Macht an sich zu reißen, um durch Einsatz vielfältiger Formen der Gewalt den Weg in die Neue Gesellschaft zu weisen. Friedfertige Übergänge vom sog. Kapitalismus zum Sozialismus, wie sie sich beispielsweise Schumpeter<sup>2</sup> für das „Stadium der Reife“ vorgestellt hat, hat es nicht gegeben.

Die praktisch-politischen Konsequenzen der Marxschen Vision sind die Verankerung der Führungsrolle der kommunistischen Partei in den Verfassungen der sozialistischen Länder, die Einführung der Planwirtschaft in der

<sup>1</sup> Karl Marx (1957), Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, 1. Band (Ausgabe Dietz-Verlag Berlin), S. 8.

<sup>2</sup> Joseph A. Schumpeter (1950), Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. erw. Auflage, München, S. 360.

Weise, daß „die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt“<sup>3</sup> und das „sozialistische Eigentum“, das die privatwirtschaftliche Tätigkeit mit einem Bann belegt, von dem allenfalls noch Ausnahmen am Rande der Gesellschaft zugelassen sind.

Die DDR-Gesellschaft und -Wirtschaft ist eines der vielen historischen Beispiele, diese Ideen in die Tat umzusetzen — in der Gestalt eines totalitären Staates, in dem die Individualrechte von den Ansprüchen des Kollektivs zugedeckt werden. Konsequenzen des sozialistischen Totalitarismus waren bis in die jüngste Vergangenheit hinein erstens die Politisierung sämtlicher Lebensbereiche und zweitens die schrankenlose Machtausübung der allein regierenden Partei. Über ihr hörige Gruppierungen und zahllose offene und geheime Kontrollorgane beherrschte die Partei nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft, die Kultur, das Bildungswesen, die Wissenschaft und die Rechtsprechung. Sie drückte allen Lebensgebieten ihren Stempel auf und lenkte, soweit das praktisch möglich war, sämtliche Bereiche nach dem Willen der Parteispitze.

Durch eine Verkettung einmaliger historischer Umstände ist dieses Macht-, Kontroll- und Lenkungssystem in der DDR durch einen friedlichen Aufstand, der vom Volke, nicht von den Führungsschichten oder den Intellektuellen ausging, aufgebrochen worden. Aus ökonomischer Sicht sind die Ereignisse nur unvollständig zu erklären. Folgende Überlegungen seien gewagt:

In der ökonomischen Theorie weichen Monopolisten nicht innerer Einsicht in die Schädlichkeit ihres Tuns, sondern nur dem Wettbewerbsdruck. Dieser entfaltete sich in der Tat auf vielen Gebieten: über den Äther, durch Besuchsreisen, durch offizielle und private Kontakte über die Grenzen hinweg, durch vielfältige Austauschprogramme, durch die Öffnung des Tors zum Westen in den osteuropäischen Ländern und, was in das Monopolparadigma nur schlecht hineinpaßt, durch den Verzicht der östlichen Supermacht auf militärische Interventionen gegen das aufbegehrende Volk.

Eine zweite Komponente, die Rolle der Ideologie, erfährt erst in jüngster Zeit erneut Beachtung durch die Ökonomen. Die philosophische und die naturwissenschaftliche Kritik des historischen und dialektischen Materialismus und das Einräumen wissenschaftlicher Freiräume in den Naturwissenschaften erodierte auch die Verwendbarkeit der marxistischen Lehre als Sozialphilosophie und als Grundlage der Politik. Dadurch konnte die solange unter Verdikt gestellte freiheitliche Demokratie ebenso wie die Marktwirtschaft wieder eine ordnungspolitische Alternative werden. Der sogenannte kapitalistische Klassenstaat wie auch der Kapitalismus verloren ihren ideo-logischen Schrecken.

<sup>3</sup> Karl Marx (1971), Frühe Schriften, Band 2, hrsg. von Hans-Joachim Lieber / Peter Furt, Darmstadt, S. 36.

Als dritte Komponente sind die Mängel der zentralistischen Organisation von Staat und Wirtschaft zu nennen. Die an die Spitze gelangenden Informationen enthalten starke strategische Elemente, da sie im Wege des Befehls bzw. der Plandirektive den Informierenden als ausführendes Objekt unmittelbar betreffen. Ferner erwies sich die Koordination der zahllosen Entscheidungen zwischen den einzelnen Betrieben von einer Zentrale aus als nicht machbar. Die Zentralisierung erzeugte zahllose Ineffizienzen im Alltagsablauf der Produktion; die arbeitsteilige Produktion wurde gehemmt und oft genug unterbrochen, weil „das Material fehlte“. Die zentrale Planung selbst aber gelangte nicht über das Stadium „einer vorwiegend naturalwirtschaftlichen Direktplanung“<sup>4</sup> hinaus; sie mußte sich mit groben Produktionsvorgaben begnügen, die auf der Ebene der Betriebe zur Herstellung von Gütern und Halbfertigfabrikaten führte, die in Menge, Qualität und Lieferzeitpunkt nicht zusammenpaßten. Die Orientierung der Betriebe am Plansoll und die Bindung des Lohn- und Prämiensystems an die Planübererfüllung — ein Widerspruch in sich in einem auf Planbilanzen aufbauenden System — ließ sowohl die Erneuerung des Kapitalstocks als auch die Beachtung von Umweltproblemen in den Hintergrund treten. Es wurde produziert, ohne Rücksicht auf die notwendige Erneuerung der betrieblichen Substanz und die volkswirtschaftlichen Schäden, die eine allein auf Planerfüllung ausgerichtete Produktion an den Umweltgütern stiftete.

Das Volkseigentum, jene große Illusion, nach der allen alles gehört und nach der alle verantwortlichen Gebrauch von den gemeinsamen Gütern und Ressourcen machen, konnte durch bürokratische Kontrolle nicht gegen Fehlverwendung oder Übernutzung geschützt werden. Vor allem die Parteidader, die faktisch über das Gemeineigentum verfügten, nutzten überdies ihre Kontrollrechte zu ihren Gunsten, ganz so, wie es die ökonomische Theorie der Eigentumsrechte erwarten läßt.

Schließlich aber bewirkten die Symbiose von Staat und Partei und der Versuch, auch die Gesellschaft — also jenen Bereich, der im liberalen Modell der freie, nicht von staatlichen Instanzen kontrollierte Sektor ist — unter Kontrolle zu bringen, eine durchgängige Politisierung des täglichen Lebens. In der Praxis bedeutete dies, daß vieles, was anderswo über Märkte geräuschlos erledigt wird, auf die politische Ebene gehoben und öffentlich diskutiert wurde. Die daraus folgenden Interventionen ordneten sich in der Regel nicht in das schwerfällige Plansystem ein und reduzierten so seine Funktionsfähigkeit um ein weiteres.

Die ökonomischen Ergebnisse der zahllosen Ineffizienzen sind bekannt und brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Mochte es in der älteren, an statischen Modellen orientierten Diskussion über Wirtschaftsplanung noch

<sup>4</sup> Christa Luft, Redemanuskript der Ansprache vor der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, vom 16. Januar 1990, S. 2.